

Kaffeekrise ohne Zukunftsperspektive

Immer wieder haben wir im ¡Fijáte! kleinere Meldung über die Situation der KaffeebäuerInnen und über die fallenden Kaffeepreise veröffentlicht. Meist war der Grundtenor dieser Meldungen "es ist so schlimm wie noch nie". Wir möchten mit dem folgenden Artikel von Luis Hernández Navarro einen Blick hinter die Tagesmeldungen von sinkenden Preisen und entlassenen ArbeiterInnen werfen. Er erschien Mitte Juni in der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada*. Zwar beziehen sich die erwähnten Beispiele auf die Situation in Mexiko, doch könnten sie gerade so gut aus Guatemala stammen.

Nicolás González, ein kleiner Kaffeebauer aus Chiapas, hat dieses Jahr rund 1800 mexikanische Pesos aus dem Verkauf des Kaffees erwirtschaftet, den er auf seiner Parzelle von einer Hektar Grösse anbaute. Bevor der Kaffeepreis so extrem gesunken ist, hat er dafür jeweils das doppelte bekommen. Jetzt muss er seine Familie bis zur nächsten Ernte mit 5 Pesos täglich über die Runden bringen. (1 US-\$ = 9.1 mexikanische Pesos)

Ein Kilo gerösteter und gemahlener Kaffee kostet im Detailhandel in Mexiko Stadt zwischen 80 und 100 Pesos. Nicolás bekommt auf dem Kaffeemarkt für ein Kilo Kaffeebohnen rund 6 Pesos. Aus einem Kilo Kaffee ergeben sich gut 90 Tassen Kaffee. Eine Tasse servierten Kaffees kostet in einer noblen Cafeteria in der Hauptstadt etwa 9 Pesos.

Dieses Jahr war für González und die rund 250'000 KaffeeproduzentInnen in Mexiko fatal. Niemand blieb verschont, es traf alle: Die kleinen und die grossen Fincas, indigene BäuerInnen und deutschstämmige GrossgrundbesitzerInnen, unabhängig davon, ob sie in den Bergen oder in den Ebenen anbauten. Die Kaffeepreise an der Börse in New York sind im Moment unter 60 US-\$ pro Zentner, halb soviel wie noch vor kurzem.

Die Gewinner

Während Jahren existierte ein Abkommen zwischen den in der *Internationalen Kaffeorganisation* (OIC) zusammengeschlossenen kaffeeproduzierenden und -konsumierenden Ländern. Mit dem Abkommen wurde ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage geschaffen. Auf diese Weise hatten die ProduzentInnen ein gesichertes Einkommen und dafür wurde der Markt nicht überschwemmt mit schlechtem Kaffee, den niemand will und der nur die allgemeine Qualität verschlechtern würde.

1989, mitten in der neoliberalen Euphorie, wurde dieses Abkommen von einigen Staaten aufgekündigt. Seither ist der Kaffeepreis willkürlichen Schwankungen ausgesetzt. Die einzigen, die dabei gewinnen, sind die grossen Handelsunternehmen sowie diejenigen, die an der Londoner und New Yorker Börse spekulieren. Für die KaffeebäuerInnen ist der freie Markt kein gutes Geschäft.

Seit zwei Jahren sind die Preise ständig am Sinken, die Kaffeindustrie befindet sich in einer grösseren Krise als 1992/93, den Jahren, die dem zapatistischen Aufstand vorausgingen. Die damalige Krise wurde als 'vorübergehend' eingeschätzt, in der heutigen gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Preise in absehbarer Zeit wieder steigen.

Der Einkommensrückgang der ProduzentInnen hat aber auch die KonsumentInnen nicht begünstigt, wie dies hätte angenommen werden können. Laut Daten der OIC, ist der durchschnittliche Kaffeepreis im Detailhandel nur um ca. 15% gesunken. In den Vereinigten Staaten - wo jährlich rund 10 Millionen Kilo Kaffee konsumiert werden - sogar noch weniger. Wenn also das 'Rohmaterial' immer billiger gehandelt wird, die KaffeetrinkerInnen aber auch nicht viel günstiger davonkommen, muss irgend jemand anders daran verdienen - und zwar sehr viel.

Nestlé, einer der Hauptabnehmer auf dem Kaffee-Weltmarkt, hatte im Februar 2001 eine Umsatzverbesserung von 20% zu vermelden. Starbucks, eine der grössten Cafeteria-Ketten der Vereinigten Staaten und in Teilen Kanadas, verzeichnete in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine Gewinnsteigerung von 41%. Ähnlich geht es grossen Handelsunternehmen wie z.B. Phillip Morris. Die ProduzentInnen erhalten rund 8 Milliarden US-\$ von einem Geschäft das 50 Milliarden US-\$ generiert - weniger als den sechsten Teil davon.

Überproduktion

Der Weltmarkt für Kaffee ist mehr als gesättigt. Rund 9 Millionen der insgesamt 115 Millionen Säcke Kaffee, die weltweit geerntet werden, sind überschüssig, die Produktion steigt schneller als der Konsum. Allein in den kaffee konsumierenden Ländern steht ein Vorrat von ca. 18 Millionen Säcke in Lagern herum.

Die Produktionssteigerung ist kein ungewollter Zufall. Sie wurde von den multinationalen Organisationen und den Wirtschaftsmächten wissentlich vorangetrieben und von den armen Ländern akzeptiert, welche

auf die Devisen angewiesen sind, um ihre Kreditschulden zurückzubezahlen.

Eine zentrale Rolle in dieser Krise spielt Vietnam. Erst seit zehn Jahren wird in Vietnam Kaffee angebaut, innerhalb kurzer Zeit konnte die Produktion von 5 Millionen auf 13 Millionen Säcke gesteigert werden und heute ist es der zweitgrösste Kaffeeexporteur der Welt. Das "Wunder von Vietnam" ist das Ergebnis von Förderungsprogrammen der Weltbank und Frankreichs sowie geringen Produktionskosten (niedrige Löhne und staatseigenes Land).

Laut Oxfam ist die Produktionssteigerung auch ein Resultat der Programme der Vereinten Nationen in Kolumbien und Bolivien, mit denen die BäuerInnen dazu gebracht werden sollen, vom Coca- auf den Kaffeeanbau umzusteigen. Auch Angola bekam von der OIC beachtliche Kredite, um den Kaffeeanbau zu fördern. Kurioserweise wird keine dieser Aktionen, deren Ziel es ist, die Produktion anzukurbeln, von auch nur einer Massnahme begleitet, um den Kaffeekonsum zu steigern, damit die Sache wieder etwas ins Gleichgewicht kommt.

Das weltweite Überangebot war die Grundlage, aus der die produzierenden Länder vorschlugen, 20% des Kaffees auf dem Weltmarkt zurückzubehalten und die schlechtere Qualität zu zerstören, um so die Preise wieder ansteigen zu lassen. Als diese Massnahmen diskutiert und im Juni letzten Jahres durchgeführt wurden, betrug der Kaffeepreis noch 95 US-\$ pro Sack. Heute ist er trotz allem auf 60 US-\$ heruntergefallen.

Dies hat verschiedene Gründe: Laut der *Vereinigung der kaffeeproduzierenden Länder*, (APPC), war die Ernte grösser als ursprünglich kalkuliert und nicht alle Länder führten die ausgehandelte Massnahme durch. Daran gehalten haben sich unter anderem El Salvador, Guatemala, die Elfenbeinküste, Indien und Uganda und teilweise Mexiko. Mexiko hat bis heute nur 74 Tausend Säcke zurückgehalten, das sind 13% von dem, was das Land versprochen hatte. Als Argument bringt Mexiko vor, dass die landesweite Produktion im letzten Jahr geringer war als erwartet.

Für Alfonso Carreón, der als Berater verschiedener kleiner und mittlerer Kooperativen im Norden von Chiapas arbeitet, gilt dieses Argument nicht. Die internationale Gemeinde habe schon lange das Vertrauen in Mexiko verloren, das für sein Nicht-Einhalten von Abkommen bekannt sei,

meinte er. Wolle das Land endlich seinen Ruf retten und etwas zur Verbesserung der Kaffeepreise beitragen, müsse es sich an das Abkommen halten.

Nationale Mechanismen

Im vergangenen Jahr haben die mexikanischen KaffeeproduzentInnen verschiedene Protestaktionen unternommen. In verschiedenen Städten wurden die Büros des Landwirtschaftssekretariats besetzt und gefordert, die Unterstützungsbeiträge an KaffeeproduzentInnen zu erhöhen. In jüngster Zeit beschränken sich die Aktionen jedoch auf Demonstrationen und Meetings.

Mit der neuen Regierung wurde für dieses Jahr ein Unterstützungsbeitrag von 750 Pesos pro Hektar angepflanzten Kaffees ausgemacht, höchstens aber 3'750 Pesos pro ProduzentIn. Mit dieser Unterstützung konnten gerade mal 12% der Verluste der ProduzentInnen gedeckt werden.

Der mangelnde Wille der mexikanischen Regierung wird die weitere Durchführung solcher Unterstützungsprogramme behindern. Ausserdem sprechen organisierte ProduzentInnen davon, dass ein Teil dieser Beiträge der Korruption zum Opfer falle. Verschiedene Teilstaaten führten Listen mit doppelt so vielen Namen darauf als überhaupt kaffeeproduzierende BäuerInnen in der Region wohnten. Das Geld kam den regionalen Behörden gerade recht, war es doch die Zeit des Wahlkampfes. In Chiapas wurden auch verschiedene Funktionäre des Landwirtschaftsministeriums beim Verteilen der Unterstützungsgelder entführt.

Auf der mexikanischen Landkarte sind die Gebiete mit der höchsten Armut identisch mit denjenigen des Kaffeeanbaus und denjenigen der protestierenden BäuerInnen und des bewaffneten Widerstandes.

Das Unglück kommt Schlag auf Schlag

Die Korruption bei der Verteilung der Unterstützungsbeiträge bekamen am meisten die KaffeebäuerInnen in Chiapas zu spüren. Dort wurden insgesamt gerade noch 340 Pesos pro ProduzentIn und Hektar ausbezahlt, anstatt der versprochenen 750 Pesos.

Die Aufwertung des Pesos war für die ProduzentInnen auch von Nachteil. Die Kosten für Transporte, Düngemittel, TagelöhnerInnen sind im Verhältnis mehr gestiegen als der Peso aufgewertet wurde. Dadurch verlieren die ProduzentInnen rund weitere

30% ihres Einkommens.

In den kaffeeproduzierenden Gemeinden sind die Leute aufgebracht, traurig und verzweifelt. Die familiären Situationen sind prekär, die Organisationen am Auseinanderfallen oder in grossen finanziellen Schwierigkeiten. Die einzigen, die in diesen Gemeinden von der Situation profitieren, sind die *coyotes*, Menschen, die für teures Geld die illegale Einreise nach (in diesem Fall) den Vereinigten Staaten organisieren. In gewissen kaffeeproduzierenden Gemeinden sind bis zu 70% der EinwohnerInnen in die USA ausgewandert. Etwas anderes anzupflanzen lohnt sich für sie nicht, auch die Preise für Orangen und Mandarinen sind auf dem Weltmarkt schlecht.

Meist sind es die Männer, die gehen, die Frauen und Kinder bleiben zurück und kümmern sich um Haus und Hof. Oftmals mieten die Exilierenden einer Gemeinde zusammen einen Lastwagen, der sie alle an die Grenze fahren soll. Ein Autobusunternehmen in Oaxaca offeriert bereits direkte Reisen ohne Halt nach Ciudad Juárez, einer mexikanischen Grenzstadt zu den USA. Als Folge dieser Migrationsbewegung wird auch eine allgemeine Zunahme der Kriminalität und vermehrte Überfälle auf den Strassen festgestellt.

Die Abwanderung hat auch die Landpreise sinken lassen, unterdessen werden bearbeitete Parzellen von 10 Hektaren für 50'000 Pesos gehandelt.

Die Regierung Fox hat formal die Forderungen der nationalen Organisationen anerkannt: Restrukturierung des *Mexikanischen Kaffeeerates*, finanzielle Unterstützung für die Ernte, Neuregelung der Besteuerung, um die Vermarktung des Kaffees zu verbessern, Qualitäts- statt Quantitätsverbesserung und die Einführung eines Stabilisierungsfonds. Bisher hat die Regierung ihre Versprechen jedoch nicht eingehalten.

Düstere Aussichten

So sehen denn auch die Zukunftsaussichten für die mexikanischen KaffeebäuerInnen nicht gut aus. Im nächsten Haushaltsjahr will die Regierung ihre Unterstützungsbeiträge für die KaffeeproduzentInnen um 30% kürzen. Ein Zeichen dafür, dass die neue Administration keine Bereitschaft zeigt für die Lösung der Probleme, mit denen sie konfrontiert ist.

Es darf dabei nicht vergessen werden, dass der eigentliche Schlüssel zur Verbesserung der Situation auf internationalem Terrain zu suchen ist.

Doch Mexiko ist an der heutigen Situation nicht unschuldig: Einerseits hat es den Vorschlag zur Zerstörung eines Teils der Ernte unterstützt und andererseits hat es sich nicht an diese Abmachung gehalten.

Gleichzeitig nimmt der Unmut der ProduzentInnen zu. Ende April hat dis-

kutierte der *Regionale Kaffeerat* die Durchführung eines Streiks. Diese Idee wird nun in den Gemeinden und Ejidos analysiert und besprochen.

"Müssen wir jetzt auch beginnen, anderes zu pflanzen, um die Wichtigkeit des Kaffees zu in Erinnerung zu rufen?" fragte sich ein Kaffeebauer aus

Guerrero, als er von den Programmen für die Coca-BäuerInnen in Bolivien und Kolumbien hörte. "Wie viele Tote muss es beim Durchqueren der amerikanischen Grenzräumen noch geben, damit die Situation der mexikanischen Kaffeebauern ernst genommen wird?", fragte sich ein anderer.

Kaffeepreis erneut gesunken

Guatemala, 7. Aug. Der Kaffeepreis hat an der Börse in New York mit 49.70 US-\$ pro Zentner einen neuen Tiefpunkt erreicht. Laut Gerardo de León, Verkaufsleiter der *Vereinigung der kaffeeproduzierenden Kooperativen in Guatemala* (FEDECOCAGUA), ist daran der heisse Sommer in den USA, die Überproduktion in Brasilien und Vietnam sowie die Ankündigung Kolumbiens, den Rückhaltevertrag aufzukündigen, schuld.

Für Juan José Carlos, Vizepräsident der Nationalen Kaffeevereinigung (ANACAFE), ist der "psychologische Schmerzpunkt" erreicht. Die ANACAFE versteht sich als Vermittlerorganisation zwischen den KaffeeproduzentenInnen und der guatemaltekischen Regierung.

Schon seit Monaten diskutiert die guatemaltekische Regierung die Gründung eines Fonds, aus dem die KaffeebauerInnen mit rückzahlbaren Krediten unterstützt werden sollen.

Anlässlich der jüngsten Budget-

erhöhung vom 25. Juli, wurden dem Landwirtschaftsministerium 979 Millionen Quetzales (rund 122 Mio. US-\$) zugesprochen, wovon 800 Millionen für die Unterstützung der KaffeeproduzentInnen verwendet werden sollen. Weitere 355 Millionen erhielt das Innenministerium für den Ausbau der Polizeiakademie, zur Verbesserung des Gefängniswesens und für die Generaldirektion der Zivilen Nationalpolizei.

Ebenso wie in Mexiko soll mit diesem Fonds der Anreiz für die KaffeebauerInnen erhöht werden, ihre Produktion umzustellen. Und wie in Mexiko sind die Preise der landwirtschaftlichen Exportprodukte (z.B. Gemüse) ebenso niedrig wie derjenige des Kaffees. Dagegen protestierten kürzlich BäuerInnen in Panzos, die mehrere Tausend Kilo Erbsen auf die Strasse warfen, weil die Exportfirma ihnen lächerliche 7 Quetzales (weniger als 1 US-\$) pro Zentner geernteter Erbsen bezahlen wollte.

Obwohl diese 800 Millionen Quetzales 39% der gesamten Budgeterhöhung ausmachen, gab die ANACAFE bekannt, dass sie ihre Rolle als Mediatorin zwischen Regierung und ProduzentInnen nicht mehr weiter übernehme. Begründet wurde dieser Rückzug damit, dass das Finanzierungsmodell, das die ANACAFE anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung verabschiedet hatte, von der Regierung nicht berücksichtigt wurde. Ausserdem entsprechen die Unterstützungsbeiträge von umgerechnet 102 Millionen US-\$ nicht der ursprünglich ausgemachten Summe von 150 Millionen. Dieser Betrag werde der prekären Situation auf dem Kaffeemarkt nicht gerecht.

"Deshalb übernimmt ANACAFE keinerlei Verantwortung für das weitere Vorgehen und für die Rückzahlungsbedingungen dieses Regierungskredites an die Kaffeeproduzenten," hiess es in einer Presseerklärung von ANACAFE.

Erzbischof lädt zum Dialog ein

Guatemala, 9. Aug. Angesichts der herrschenden Konfrontation und Polarisierung des politischen Klimas, lud Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño die Regierung und Sektoren der Zivilgesellschaft zu einem Versöhnungsdialog ein. Ohne es geplant zu haben, finde dieses Treffen in einem entscheidenden politischen Moment statt, erklärte Quezada Toruño. Ein solches Treffen sei von der katholischen Kirche seit Januar in Planung und habe nichts mit ihm als Person und nichts mit dem im Moment diskutierten "Nationalen Dialog" zu tun.

Entsprechend ginge es auch nicht in erster Linie darum, die aktuellen Probleme des Landes zu diskutieren, sondern es müssten die Themen angesprochen werden, die seit langem ungelöst seien und einen grossen Einfluss auf die heutige Situation hätten, präzisierte Quezada Toruño. Im Dokument, das im Vorfeld des Treffens veröffentlicht wurde, heisst es: "Guatemala hat sich seit der Friedensunterzeichnung durch eine in-

humane Gesellschaft ausgewiesen, die zu immer polarisierteren Ausdrucksweisen neigt. Das Vertrauen in den Staat nimmt täglich ab und die Umsetzung der Friedensabkommen rückt in immer weitere Ferne."

Als ein erstes Resultat des Treffens, an dem Gabriel Aguilar vom Friedenssekretariat als Vertreter der Regierung teilgenommen hatte, wurde das "Forum der nationalen Versöhnung" gegründet. Die Aufgabe des Forum ist es, die Grundlagen auszuarbeiten für einen "Umfassenden Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft".

Auch das "Forum Guatemala" rief in diesen Tagen zu einem Nationalen Dialog auf. Diesem Forum gehören die Rektoren der Universität San Carlos (USAC) und Rafael Landívar an, der Unternehmerverband CACIF, die StudentInnenvereinigung AEU und die Gewerkschaftszentrale CGTG, die guatemaltekische Bischofskonferenz sowie diverse Volksorganisationen und Institute.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Mehrwertsteuererhöhung: Demokratie auf die Probe gestellt

Guatemala, 18. Aug. Seit der Grossdemonstration vom 1. August und dem repressiven Einsatz der Polizei und des Militärs gegen die Bevölkerung, sind im ganzen Land die Proteste gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10% auf 12% weitergegangen. Die Proteste finden auf zwei Ebenen statt, auf der Strasse und vor Gericht:

Im Petén, in Huehuetenango, Quetzaltenango, Salamá, Retalhuleu, San Marcos und anderen Städten fanden im Verlauf der letzten zwei Wochen Demonstrationen statt, organisiert von den lokalen Volks-, Gewerkschafts- und StudentInnenorganisationen.

Auf juristischer Ebene wurden insgesamt vier Beschwerden beim Verfassungsgericht eingereicht, die aus je unterschiedlichen Gründen die Annullierung der Mehrwertsteuererhöhung fordern. Das *Zentrum zur Verteidigung der Verfassung* (CEDECON) begründet seine Beschwerde damit, dass 22 Abgeordnete der FRG in ein Verfahren involviert seien, weshalb ihre Stimmabgabe im Kongress nicht rechtsgültig sei.

Ein weiterer Rekurs reichte diejenige Gruppe ein, die in den Wochen vor dem Kongressentscheid jeweils am Freitag die Protestaktionen gegen die Mehrwertsteuererhöhung organisierten. Ihre Begründung ist, dass politische Entschiede mit dermassen weitgehenden Konsequenzen, laut Verfassung einem Volksentscheid unterstellt werden müssen.

Die Splitterpartei *Union der nationalen Hoffnung* (UNE) begründete einen Gesetzesvorschlag zur Ausserkraftsetzung der Mehrwertsteuererhöhung damit, dass die Bevölkerung nicht in der finanziellen Lage sei, eine solche Erhöhung zu verkraften.

Ähnlich begründen die ArbeiterIn-

nenvereinigung UGT und die StudentInnenvereinigung AEU ihre gemeinsam eingereichte Beschwerde. Sie unterstützten ihre Aktion mit einem Hungerstreik, den eine Gruppe von StudentInnen und GewerkschafterInnen während zehn Tagen vor dem Gebäude des Verfassungsgerichts durchführte. Während dieser Zeit sammelten sie über 30'000 Unterschriften von Leuten, die ihren Protest und ihre Forderungen unterstützen.

Nun konzentriert sich natürlich die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Verfassungsgericht. Wie wird es entscheiden? Was geschieht, wenn es gegen die FRG entscheidet und die Erhöhung der Mehrwertsteuer als nicht verfassungskonform erklärt?

Die ersten Reaktionen des Verfassungsgerichts auf den Druck der Organisationen zeugen nicht gerade von Weisheit und Überlegenheit: Verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen, wie z. B. der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) oder dem Politiker Alvaro Colóm, wurde es verwehrt, sich den eingereichten Beschwerden anzuschliessen, mit der Begründung, diese Form von Mehrfachbeschwerden sei in der Verfassung nicht vorgesehen.

Auf den Hungerstreik, der vor ihren Türen stattfand, reagierte das Verfassungsgericht in einem scharfen Ton. Anlässlich einer Pressekonferenz erklärte der Präsident des Gerichts, Rodolfo Rohrmoser, das Verfassungsgericht lasse sich nicht erpressen. Er ging sogar soweit zu sagen, der Hungerstreik sei erbärmlich, respektlos und illegal. "Die Aufgabe des Verfassungsgerichts ist die Verteidigung und Durchsetzung der Verfassung. Diese Aufgabe darf weder bedroht noch gestört werden", hiess es in der Erklärung, die Rohrmoser der Presse vorlas.

Damit begab er sich auf ein heisses Terrain, ist es doch in anderen Situationen genau die Aufgabe des Verfassungsgerichts, das Recht der Bevölkerung auf gewaltfreien Protest und das Recht auf freie Meinungsäusserung zu verteidigen.

Seinen ersten Entscheid in Sachen Mehrwertsteuererhöhung fällte das Verfassungsgericht am 15. August: Es beschloss KEINE provisorische Aufhebung der Erhöhung, solange die Beschwerden vor Gericht behandelt werden, wie das die UGT und die AEU gefordert hatten. Die beiden Organisationen bezeichneten den Entscheid als politisch beeinflusst und als Zeichen der Abhängigkeit des Gerichts von der FRG. Sie fordern eine öffentliche Verhandlung, bei der sie ihre Argumente vorlegen können, was vom Gericht akzeptiert wurde. Das Datum für diese Verhandlung steht noch aus.

Es sieht alles danach aus, dass es eine langwierige und komplizierte Verhandlung geben wird. Doch ein wichtiger Entscheid - und dieser richtet sich klar gegen das guatemalteckische Volk - wurde bereits gefällt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer bleibt in Kraft, ist also Tatsache und definiert einen neuen Status Quo, an den sich die Bevölkerung zu gewöhnen hat: Höhere Preise für Grundnahrungsmittel, höhere Transportkosten und generell höhere Lebenskosten.

Und, eine weitere Lehre, die aus dieser Geschichte gezogen werden kann: Demokratie bedeutet noch lange nicht, dass die Meinung des Volkes ernstgenommen wird, und falls diese Meinung zu stark ausgedrückt wird, sind schnell die altbekannten repressiven Kräfte zur Hand, um "Recht und Ordnung" wieder herzustellen.

Basic Resources in europäischen Händen

Guatemala, 3. Aug. Nach sechsmonatiger Verhandlung wurde der Ölproduzent Nr. 1 in Guatemala, die *Basic Resources*, für 120 Millionen US-\$ verkauft. Die Transaktion verlief zwischen der bisherigen, us-amerikanischen Besitzerin *Anadarko Petroleum* und der französisch-englischen *Perenco*.

Laut Informationen der *Anadarko* hat die Käuferin die Verantwortung für sämtliche Operationen der *Basic* übernommen. Dazu gehören diverse Förderstationen, ein Pipeline-System von 295 km Länge, eine Asphalt-Raffinerie und verschiedene Deponien. Die offizielle Version von *Anadarko* lautet, sie ver-

kaufe die *Basic*, da sie in "grössere Geschäfte" einsteigen wolle.

Ende 2000 verbuchte die *Basic* Ölreserven von 58 Millionen Barrel. Heute fördert sie täglich 20 Tausend Barrel, wobei fast alles aus der Förderstation *Xan* stammt, die im Biotop der *Laguna del Tigre* liegt und die wegen ihren Lecks immer wieder im Licht der öffentlichen Kritik steht.

Die *Perenco* hat ihre Niederlassungen in Paris, London und den Bahamas. Ihre Ölbohrungen führt sie in Kamerun, Kolumbien, der Republik Kongo, Gabon, der Türkei, Grossbritannien, den USA und Venezuela durch. Sie gilt unter den Öl-

multis als mittelgross, aber im Wachstum begriffen und ist mitbeteiligt an grossen Transnationalen wie der Shell, Elf Aquitaine, Amoco, Totalfina und der British Petroleum.

Somit hat die *Basic* zum vierten Mal innerhalb von vier Jahren die Besitzerin gewechselt, diesmal zu einem rund 30% niedrigeren Preis als noch 1997. Am wenigsten daran verdient hat wohl Guatemala und gar nichts die BäuerInnen, auf deren Land die lecken Leitungen auslaufen, die Ernte zerstören und das Trinkwasser verseuchen. Ob sich *Perenco* dieser Verantwortung bewusst ist und sie wahrnimmt, wird sich zeigen.

Rabin Ajau: Vom Werbeobjekt zur Feministin

Guatemala, 17. Aug. Seit 33 Jahren wird an der *Feria de Cobán*, dem traditionellen Jahrmakel, unter den schönsten Indígenafrauen die *Rabin Ajau* (Tochter des Königs) gewählt. Die Wahl der *Rabin Ajau* war und ist aber nicht nur für die Indígenas ein wichtiges Ereignis, auch die jeweiligen zivilen oder militärischen Staatsmänner, die Tourismusbranche und die Werbefachleute zogen und ziehen ihren Nutzen aus dem Anlass.

Das traditionelle Bild der *Rabin Ajau* ist das einer jeden Schönheitskönigin: Schön aber etwas dümmlich. Zahlreiche Staatsmänner und Militärköpfe liessen sich im Verlauf der Jahre in Cobán neben der *Rabin Ajau* abknipsen, während sie andernorts die indigene Bevölkerung umbringen liessen. Die Tourismusindustrie verkauft(e) den Anlass als das folkloristische "Eingeborenenfest" schlechthin. Die Werbebranche weiss bekanntlich eine jede Frau zu vermarkten...

Eine Veränderung in der Rolle der *Rabin Ajau* zeichnete sich ab mit der Stärkung der Indígenabewegung, die versuchte, der Wahl der Indígenakönigin

eine politische Komponente zu verleihen. Ihre Ansprache hielt die *Rabin Ajau* jeweils in Spanisch und in ihrer jeweiligen Mayasprache, wobei ihr jeweils vorgegeben war, was sie zu erzählen hatte. Dies änderte sich: Die spanische Rede, die von allen verstanden wurde, blieb oberflächlich und folkloristisch wie immer, die Rede in der Mayasprache jedoch, die an die indigene Bevölkerung gerichtet war, enthielt politische Botschaften.

Nun hat eine erneute 'Radikalisierung' der *Rabin Ajau* stattgefunden, hin nämlich zu einem feministischen Bewusstsein (was sie wohl selber nicht als solches bezeichnen würde, ist doch Begriff 'Feminismus' in Guatemala nach wie vor negativ konnotiert):

Als nämlich am diesjährigen 30. Juli die scheidende Indígenakönigin ihr 'Zepter' abgab, kritisierte sie in ihrer Abschiedsrede die Diskriminierung und Kommerzialisierung der Frau und das Verfolgen persönlicher Interessen seitens des Organisationskomitees dieses Anlasses, womit sie tosenden Applaus erntete. Das Komitee bestätigte ihre

Worte sogleich, indem es nämlich zuerst die falsche Frau als ihre Nachfolgerin ausrief. Als dann die Jury aufs Podium stieg, ihren Irrtum bekannt gab und Manuela Pop, Vertreterin des Quiché als Gewinnerin ausrief, verweigerte diese die Annahme der Krone. Pop solidarisierte sich mit ihrer Vorgängerin und kritisierte ebenfalls die Diskriminierung der Frauen durch das Komitee. Schliesslich wurde der Anlass abgebrochen und die Krone und das Zepter der lokalen Polizei in Gewahrsam gegeben.

Die Ex-*Rabin Ajau* und einige Teilnehmerinnen des diesjährigen Wettbewerbes forderten an einer gemeinsamen Pressekonferenz die Schaffung einer Kommission zur Förderung der Kultur der indigenen Frauen. Die Menschenrechtsombudsstelle, die Stelle für die Rechte der indigenen Frauen und MINUGUA wurden aufgefordert, ihren Beschwerden nachzugehen.

Die wenige Tage später neu gewählte, lokale Indígenakönigin von Sololá nahm das Thema auf und verkündete, ihre Position dazu einzusetzen, Projekte indigener Frauen zu unterstützen.

Feliz Cumpleaños CERIGUA und FGER!

Guatemala, 16. Aug. Am 8. August 1883 veröffentlichte die Nachrichtenagentur CERIGUA ihre erste Meldung und zwar über den Staatstreich, den General Oscar Humberto Mejía Víctores, an diesem Tag durchführte. Seither sind genau achtzehn Jahre vergangen und am diesjährigen 8. August feierte die Agentur ihre "Volljährigkeit", ihren 18. Geburtstag.

Ileana Alamilla, seit Beginn Leiterin von CERIGUA, zieht Bilanz: "CERIGUA berichtete über in Guatemala 'verbotene' Themen, was dazu führte, dass die Agentur während elf Jahren aus dem Exil arbeiten musste. Mit der Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens und der Einsetzung von MINUGUA, kehrte CERIGUA nach Guatemala zurück, um von dort aus einen Beitrag zur Demokratisierung der Medien zu leisten".

CERIGUA bezeichnet sich als eine der wenigen alternativen Presseagenturen in Lateinamerika. Seit drei Jahren versucht CERIGUA, vermehrt die AkteurInnen selber zu Wort kommen zu lassen. Dazu wurde ein breites Netz an KorrespondentInnen im ganzen Land aufgebaut.

In den vergangenen achtzehn Jahren durchlief CERIGUA immer wieder auch schwierige Zeiten: Finanzielle Pro-

bleme, Drohungen und Überfälle auf die Büros und die Diskreditierung ihrer Berichterstattung stellten oft das Weiterführen der Arbeit in Frage. Doch Alamilla betont: "All dies hat uns nur darin bestärkt, weiterzumachen. Eine neue Herausforderung stellt heute die Globalisierung dar und auch der werden wir uns stellen. Unser Ziel ist die Demokratisierung und die Pluralität der Medien, zwei wichtige Fundamente für den Aufbau einer neuen Nation".

Genau doppelt so alt wie CERIGUA wurde einen Tag später, am 9. August, der *Verband guatemalteckischer Radioschulen* (FGER). Die FGER wurde 1956 gegründet, aus der Notwendigkeit heraus, die verschiedenen Lokalradios im Land zu koordinieren und ihnen technische Unterstützung zu leisten. Bei den Mitgliedern von FGER handelt es sich vor allem um Radios, die einen kulturellen und pädagogischen Ansatz verfolgen.

Auch die Arbeit von FGER war nicht immer einfach: Wer zu Zeiten des bewaffneten Konfliktes über eine lokale Radiostation verfügte, war in den Augen des Staates suspekt. MitarbeiterInnen der Radios wurden bedroht, verfolgt und in einzelnen Fällen auch umgebracht.

Mit der Unterzeichnung der Frie-

densabkommen definierte auch die FGER ihre Arbeit neu. Seit 1997 konzentriert sie sich auf die Ausbildung und Professionalisierung des Personals der Lokalradios, aber auch auf die technische Verbesserung der Studios und Sender. Immer noch versteht sie sich als Koordinations- und Austauschstelle, nicht nur der Lokalradios in Guatemala, sondern auf kontinentaler Ebene. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem interkulturellen Austausch und der Förderung und Verteidigung indigener Kultur und Werte.

So hiess denn auch das Seminar, das die FGER anlässlich ihres Jubiläums organisierte: "Indigene Völker und soziale Medien". Dabei wurde die Wichtigkeit betont, der indigenen Bevölkerung, speziell auch den Frauen, den Zugang zu eigenen Medien und einer eigenen Art von Berichterstattung zu ermöglichen. Eine weitere Schlussfolgerung war, dass die Umsetzung des Abkommens über Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung, in dem genau dieses Recht verbrieft ist, zu wünschen übrig lässt.

Das ¡Fijáte!-Team gratuliert CERIGUA und FGER ganz herzlich zu ihren Jubiläen und weist darauf hin, dass auch wir in einem Monat ins achte Produktionsjahr einsteigen!

Effizienz des Institut für Gemeindeförderung in Frage gestellt

Guatemala, 14. Aug. Sowohl die Regierung Portillo wie auch die internationalen Entwicklungsorganisationen, nennen immer wieder die Dezentralisierung der öffentlichen Administration als eine ihrer Prioritäten. Weiter betonen sie die Wichtigkeit der Stärkung und Autonomie der einzelnen Gemeinden und die Zusammenarbeit der einzelnen BürgermeisterInnen untereinander, um gemeinsam ihre lokalen Interessen gegenüber der Regierung zu vertreten.

Doch der Weg zur Dezentralisierung scheint versperrt zu sein durch die institutionellen Willkürlichkeiten vergangener Regierungen und durch den Widerstand einiger VertreterInnen der heutigen Regierung, die nicht bereit sind, ihre Macht zu Gunsten der lokalen AkteurInnen einzuschränken. Kritische Menschen sind sich einig, dass ohne grundsätzliche Veränderungen in diesen Institutionen und in der offiziellen Position der Regierung, die Dezentralisierung und die Stärkung der lokalen Kräfte nie verwirklicht werden können.

Eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielt das *Institut für Gemeindeförderung* (INFOM). Sein Budget wurde im Jahr 2001 um 48% erhöht, ein Zeichen dafür, dass auch der Regierung etwas am Thema Dezentralisierung liegt oder, dass sie dem internationalen Druck nachgegeben hat.

Gleichzeitig wird aber das INFOM von ehemaligen Angestellten, der Presse und den BürgermeisterInnen als ineffizient und parteilich zu Ungunsten der indigenen Gemeinden kritisiert.

Ausserdem hat der staatliche Rechnungsprüfungshof in seiner kürzlich veröffentlichten Untersuchung über die Korruption in den staatlichen Ministerien belegt, dass das INFOM im Jahr 2000 für Ausgaben von rund 57 Millionen Quetzales keine Belege vorgelegt hatte. Als Antwort darauf veröffentlichte das INFOM ein Inserat in allen wichtigen Tageszeitungen, in dem es erklärte, es handle sich dabei um "nicht signifikante Beträge", die wohl ins Budget 2001 übernommen worden seien.

Das Misstrauen gegenüber dem INFOM wird von BürgermeisterInnen im Landesinnern geteilt, welche die Arbeitsweise des Instituts grundsätzlich in Frage stellen. Laut Rigoberto Quemé Chay, Bürgermeister von Quetzaltenango, haben die seit fünf Jahren laufenden Ausbildungsprogramme des INFOM bisher keine Erfolge gezeigt. So stünden in vielen Gemeindehäusern Computer herum, aber niemand wisse sie zu bedienen. Oder die Leute seien zwar geschult worden im Umgang mit Internet, aber in

der ganzen Gemeinde gäbe es keinen Telefonanschluss, kritisierte Quemé Chay.

Verschiedene internationale Organisationen berichten von schlechten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit INFOM. Einige haben gar ihre finanzielle Unterstützung eingestellt.

Die administrativen Posten innerhalb des INFOM wurden im Verlauf der letzten Jahre mehrmals neu besetzt. Seit dem 23. März dieses Jahres ist die Geschäftsleitung nicht besetzt, die Funktion wird vom Vizechef ausgeführt, der aber in den letzten 13 Monaten auch drei Mal ausgewechselt wurde.

Laut Jorge Roberto Alfaro, der während vier Jahren (1996 - 2000) als Geschäftsleiter des INFOM fungierte, liegt das Problem darin, dass die Regierungspartei die Leitung des Institutes dem Parteinachwuchs anvertraut, "Leuten, ohne Erfahrung in öffentlicher Administration, ohne Wissen über die Realität in den Gemeinden".

Anfang Juni dieses Jahres veröffentlichte die Zeitung *Siglo XXI* eine Untersuchung über das INFOM, aus der hervorgeht, dass verschiedene hohe Funktionäre der Institution unter dem umstrittenen "Paragraphen 29" eingestellt wurden. Dieser Paragraph 29 ermöglicht es den Ministerien und Institutionen, Leute einzustellen oder Mandate zu vergeben, die nicht über die offiziellen Personalkosten abgerechnet werden müssen. In der Untersuchung wurde unter anderem Douglas Mauricio Urrutia Jérez erwähnt, der bei INFOM einen Monatslohn von 17'500 Quetzales bezieht. Urrutia ist stellvertretender Geschäftsführer eines Transportunternehmens, dessen Geschäftsführer der Vizepräsident des Landes, Francisco Reyes López, ist. Ebenso beziehen zwei Brüder von Kongresspräsident Efraín Ríos Montt ihr Gehalt beim INFOM.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einmischung des INFOM in die internen Machtkämpfe der *Nationalen Vereinigung der BürgermeisterInnen* (ANAM). Während den letzten Monaten finanzierte das INFOM Treffen, bei denen es darum ging, eine Gegenbewegung zum aktuellen Vorstand der ANAM aufzubauen. Der Grund des Interesses von INFOM an der ANAM liegt darin, dass sich verschiedene internationale Entwicklungsorganisationen vom INFOM ab- und der ANAM zugewandt haben, um zukünftig deren Projekte zu finanzieren.

Eine Untersuchung der Jahresrechnung 2000 ergibt, dass diejenigen Departements mit dem höchsten Indígena-Bevölkerungsanteil am wenigsten von den Geldern des INFOM begünstigt

werden: Im Jahr 2000 vergab das INFOM insgesamt 767 Kredite an 214 Gemeinden für ein Total von 178 Millionen Quetzales (ca. 23 Mio. US-\$). Davon haben die sieben Departements, in denen mehr als 60% der Bevölkerung Indígenas sind, rund 34 Millionen Quetzales bekommen. Pro EinwohnerIn sind das rund 10 Q. Im Gegensatz dazu haben die sieben Departements mit einem Indígena-Bevölkerungsanteil von weniger als 27% etwa 75 Millionen Q bekommen, auf die Bevölkerung bezogen ist das rund drei Mal mehr.

Gemäss den Statuten des INFOM, die aus dem Jahre 1957 datieren, besetzen VertreterInnen der zentralen Regierung die Mehrheit innerhalb des Vorstandes, was einer zentralistischen Tendenz entspricht und der Idee der Dezentralisierung zuwiderläuft. Von den drei DirektorInnen wird eine(r) vom Präsidenten bestimmt, eine(r) von der staatlichen Finanzkommission und eine(r) von der ANAM. Dazu kommt, dass die aktuelle Krise innerhalb der ANAM zur Folge hat, dass deren Vertreter im INFOM, Matias Ajvix, keine repräsentative Rolle einnehmen kann.

Die Entscheidung einiger internationaler Entwicklungsorganisationen, nicht weiter mit dem INFOM zusammenzuarbeiten, spiegelt die interne Situation der Institution wider. Traditionellerweise haben die stärksten Geberländer (Japan, Deutschland, die Vereinigten Staaten und der spanische Staat) einen Grossteil ihrer Gelder über das INFOM kanalisiert.

ExpertInnen in Sachen Kooperation schlagen vor, dass Institutionen, über die viel internationale Gelder laufen, besser geprüft werden sollten bezüglich ihrer Integration in den Prozess der Staatsreform, ihrer Modernisierung und ihrer Transparenz.

Wer hat Lust, am Projekt ¡Fijáte! mitzuarbeiten?

Die Redaktion des ¡Fijáte! sucht ab sofort oder auf Vereinbarung eine redaktionelle MitarbeiterIn.

**Mehr Infos dazu bei:
Barbara Müller,
++41 (0)1 241 44 43
Christian Hagmann,
++49 (0)7738 59 01
oder:
barbara-m@bluewin.ch**